

Tabelle 6
Die wasserwirtschaftliche Struktur der
Wärme­kraftwerke für die öffentliche Versorgung 1975

Strukturmerkmale	Insgesamt	Davon entfallen auf die Wassereinzugsgebiete	
		Rhein einschl. Bodensee	Neckar
	Millionen m³		
	Aufkommen		
Eigengewinnung	2 579	1 179	1 398
davon			
Grundwasser	18	14	2
Oberflächenwasser	2 561	1 165	1 396
Fremdbezug	7	0	7
zusammen	2 586	1 179	1 405
	Nutzung		
als Durchlaufwasser	2 584	1 178	1 404
für Kreislaufzwecke¹)	1	1	0
Ungenutzt abgeleitet			
einschl. Abgabe an Dritte	1	0	1
Insgesamt genutztes Wasser²)	2 979	1 212	1 766
davon			
Kühlwasser	2 923	1 191	1 731
Kesselspeisewasser	47	12	35
Sonstiges genutztes Wasser	9	9	0
	Ableitung		
In die öffentliche Kanalisation	1	1	0
Unmittelbar in ein Gewässer			
oder in den Untergrund	2 579	1 175	1 402
davon			
Kühlwasser	2 578	1 175	1 402
darunter ohne Rückkühlung	2 573	1 175	1 397
nach Nutzung im eigenen Betrieb	1	0	0
darunter ohne Behandlung	0	0	0
Zusammen	2 580	1 176	1 402

¹) Zusatzwasser sowie Erstauffüllungen für Kreislaufsysteme. – ²) Mehrfach genutztes Wasser wurde entsprechend der Zahl der Nutzungen mehrfach gezählt (z. B. Kreislaufnutzung).

tretenden Investoren mit einem Sonderlob zu versehen, so lange ihr Verhalten nicht in einer ausreichenden Zeitreihe beobachtet werden kann. Das Beurteilungsproblem wird vollends schwierig, wenn die begriffliche Definition der Umweltinvestitionen geändert bzw. präzisiert wird. So ist zu erwarten, daß die im Rahmen der Umweltstatistiken gegenwärtig aufzubereitenden Daten für 1975 nicht exakt an die hier dargestellte Reihe anschließen werden, zumal der Gesetzgeber mit dem Gesetz über Umweltstatistiken auch eine Erweiterung des Berichtskreises verfügte.

2,5 Millionen Kubikmeter für Wärme­kraft

Die Energiewirtschaft rechnet man aus systematischen Gründen zwar zum Produzierenden Gewerbe, jedoch nicht zu den vorangehend behandelten industriellen Bereichen im engeren Sinne. Gerade die Wärme­kraftwerke für die öffentliche Versorgung arbeiten aber außerordentlich wasserintensiv, und es wäre sicherlich eine grobe Unterlassung, wenn die erstmals im Rahmen der Umweltstatistiken für 1975 ermittelten wasserwirtschaftlichen Ergebnisse nicht wenigstens in eine solche Untersuchung einbezogen würden. Allein die 19 in Baden-Württemberg erfaßten Betriebe vereinigen auf sich, wie die *Tabelle 6* veranschaulicht, ein Wasseraufkommen von mehr als 2,5 Mrd. Kubikmetern, also das Dreifache des industriellen Wasseraufkommens. Das Wasser wird fast ausschließlich in Eigenförderung Oberflächengewässern entnommen, vor allem zu Kühlzwecken verwendet und überwiegend ohne besondere Rückkühlung in die Entnahmegewässer zurückgeleitet. Ob und in welchem Umfang sich damit eine thermische Belastung der betreffenden Gewässer verbindet, konnte nicht ermittelt werden. Darüber geben vielmehr die im Bereich des Umweltministeriums aufgestellten Wärme­lastpläne Auskunft. Die Zuordnung der Werte auf die Hauptwassereinzugsgebiete des Landes, die später auch für die Industrie möglich sein wird, hebt Neckar (54%) und Rhein (45%) als die fast ausschließlich beanspruchten Gewässer hervor. Gerhard Schmidt

Kommunale Finanzplanung 1975 bis 1979

Seit dem Inkrafttreten des neuen kommunalen Haushaltsrechts am 1. Januar 1974 sind die Gemeinden und Gemeindeverbände gesetzlich verpflichtet, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung – verbunden mit einem Investitionsprogramm – zugrunde zu legen¹. Finanzplan und Investitionsprogramm sind jährlich fortzuschreiben. Der Planungszeitraum kennzeichnet die Finanzplanung als mittelfristig. Sie steht zwischen der ein- oder zweijährigen Haushaltsplanung, die der Mittelbewirtschaftung dient und den langfristigen Finanzperspektiven, die sich über einen Zeitraum von 10 und mehr Jahren erstrecken und eine Bedarfsplanung darstellen. Mit der Finanzplanung verfügen die Gemeinden über ein Instrument, das eine kontinuierliche und rationale Haushaltsführung ermöglicht, da bei der Aufstellung und Beratung des gegenwartsbezogenen Haushaltsplans auch der voraussichtliche Ausgabenbedarf und die Finanzierung für die folgenden Jahre zu ermitteln sind. Dies ist insbesondere im Hinblick auf größere Investitionsvorhaben von Bedeutung, deren Folgekosten die künftigen Haushalte in der Regel erheblich vorausbelasten.

¹ Vgl. § 85 der GO für Baden-Württemberg i. d. F. vom 16. 9. 1975 (Ges. Bl. S. 393).

Nicht minder wichtig ist die kommunale Finanzplanung unter wirtschafts- und konjunkturpolitischen Aspekten. Mit einem Anteil von rund 30% an den Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (Gv) spielen die Gemeindefinanzen im Rahmen der öffentlichen Finanzwirtschaft und damit auch gesamtwirtschaftlich gesehen eine wesentliche Rolle. Ohne

Tabelle 1
Ausgabenvolumen der Verwaltungs- und
Vermögenshaushalte 1975 bis 1979

Jahr	Verwaltungs- haushalte	Vermögens- haushalte	Verwaltungs- und Vermögens- haushalte zusammen	Bereinigte Gesamt- ausgaben¹)
	Mill. DM			
1975	16 438,2	7 444,3	23 882,5	22 495,4
1976	17 393,7	6 754,0	24 147,7	23 055,0
1977	18 426,0	5 837,5	24 263,5	23 107,1
1978	19 569,4	5 309,9	24 879,3	23 635,4
1979	20 806,2	4 667,9	25 474,1	24 082,5

¹) Summe der Finanzpläne abzügl. Innere Verrechnungen, Zuführungen an Rücklagen, Zuführungen zum oder vom Vermögenshaushalt, Deckung von Fehlbeträgen.

Tabelle 2
Entwicklung ausgewählter Finanzplanungsdaten
verglichen mit den entsprechenden
Orientierungsdaten¹⁾

Einnahme-/Ausgabeart		1976	1977	1978	1979
1975 = 100					
Grundsteuer A und B	a)	107,1	112,0	116,7	121,2
	b)	111,0	118,0	124,0	129,5
Gewerbesteuer (einschl. Lohnsummensteuer)	a)	97,6	101,9	107,4	112,9
	b)	100,0	103,0	108,0	115,5
Gemeindeanteil an der EST	a)	103,3	112,4	122,5	135,5
	b)	106,0	114,5	126,0	141,0
Gebühren u. ä. Entgelte	a)	110,9	119,1	127,1	135,2
	b)	106,0	112,0	118,0	124,0
Personalausgaben	a)	106,7	112,5	119,0	125,7
	b)	104,0	108,0	112,0	116,0
Investitionsausgaben ²⁾	a)	89,4	76,6	68,1	57,6
	b)	101,0	105,0	109,0	113,0
Bereinigte Gesamtausgaben	a)	102,5	102,7	105,1	107,1
	b)	104,0	109,0	114,0	119,0

a) Finanzierungsplan. – b) Orientierungsdaten. – ¹⁾ Vgl. Erlaß des Innenministeriums vom 22. 12. 1975 (GABl. 1976, S. 92). – ²⁾ Einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen.

Kenntnis ihrer mittelfristigen Entwicklung ist eine umfassende Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie eine optimale Steuerung der Verteilung der Finanzmittel nicht möglich.

Finanzplanung stark von der zurückliegenden Rezession bestimmt.

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Finanzplanungsstatistik beurteilen die Gemeinden (Gv) die mittelfristige finanzwirtschaftliche Entwicklung im Zeitpunkt der Ermittlung ihrer Planungsansätze ausgesprochen pessimistisch. Das Gesamtvolumen der Ausgaben erhöht sich von 1975 bis 1979 nur um 6,7% (von 23,9 Mrd. DM auf 25,5 Mrd. DM), was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung um 1,6% entspricht. Für die bereinigten Gesamtausgaben² ist der Zuwachs nur geringfügig höher. Sie bleiben mit 7,1% (= 1,7% im Jahresdurchschnitt) erheblich unter den vorgegebenen Orientierungsdaten, die bis 1979 eine Steigerung um 19% vorsehen.

Bemerkenswert ist die starke Diskrepanz in der Entwicklung des Verwaltungshaushalts und des Vermögenshaushalts. So nehmen die bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Planungszeitraum von 15,2 Mrd. DM auf 19,5 Mrd. DM (+ 28,0%) zu, während sie beim Vermögenshaushalt von 7,3 Mrd. DM auf 4,6 Mrd. DM (– 36,6%) zurückgehen. Einem

² Gesamtausgaben abzüglich der inneren Verrechnungen (Erstattungen zwischen den Verwaltungszweigen), der Zuführungen zum Vermögens- bzw. zum Verwaltungshaushalt, der Zuführungen an Rücklagen sowie der Fehlbetragsabdeckungen.

Tabelle 3
Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte 1975 bis 1979

Einnahme-/Ausgabeart	1975	1976		1977		1978		1979	
	Mill. DM		% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾
Einnahmen	16 438,2	17 393,7	5,8	18 426,0	5,9	19 569,4	6,2	20 806,2	6,3
darunter									
Steuern ²⁾	6 193,9	6 239,6	0,7	6 623,8	6,2	7 060,4	6,6	7 563,6	7,1
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	3 328,0	3 457,8	3,9	3 895,6	6,9	3 941,3	6,6	4 192,7	6,4
Gebühren und ähnliche Entgelte	3 329,8	3 691,9	10,9	3 964,5	7,4	4 233,7	6,8	4 503,3	6,4
Erstattungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1 471,9	1 607,4	9,2	1 674,7	4,2	1 767,2	5,5	1 864,7	5,5
Ausgaben	15 352,8	16 604,1	8,2	17 506,9	5,4	18 553,5	6,0	19 656,3	5,9
darunter									
Personalausgaben	5 039,7	5 374,9	6,7	5 668,9	5,5	5 999,1	5,8	6 335,2	5,6
Sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	3 100,7	3 254,6	5,0	3 435,8	5,6	3 630,2	5,7	3 833,7	5,6
Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)	2 236,2	2 471,5	10,5	2 662,4	7,7	2 877,5	8,1	3 105,3	7,9
Zuführung zum Vermögenshaushalt	1 085,4	789,6	-27,3	919,1	16,4	1 015,9	10,5	1 149,9	13,2

¹⁾ Veränderung gegen Vorjahr. – ²⁾ Gewerbesteuer: brutto.

zunehmend größer werdenden Anteil der laufenden Ausgaben am Haushaltsvolumen stehen damit nicht nur relativ, sondern auch absolut rückläufige vermögenswirksame Ausgaben, d. h. hauptsächlich Investitionsausgaben, gegenüber.

Steuereinnahmen werden völlig von den Personalausgaben beansprucht

Nach der Planung der Gemeinden (Gv) weist der Anteil der Personalausgaben am Haushaltsvolumen eine steigende Tendenz auf. Während die Aufwendungen für den Faktor Arbeit 1975 noch 22,4% der bereinigten Gesamtausgaben ausmachten, werden es 1979 bereits 26,3% sein. Die jährlichen Zuwachsraten liegen dabei erheblich über den entsprechenden Orientierungsdaten.

Die Gegenüberstellung von Personalaufwand und Steuereinnahmen zeigt, daß letztere, die nach Abzug der Gewerbesteuerumlage rund ein Drittel der Einnahmen ausmachen, bestenfalls zur Deckung der Personalkosten ausreichen. Offenbar wird die Entwicklung der Steuereinnahmen für die nächsten Jahre von den Gemeinden nicht allzu günstig beurteilt, da die Zuwachsraten der Grundsteuer (A und B), der Gewerbesteuer und des Anteils der Lohn- und Einkommensteuer zum Teil weit hinter den Orientierungsdaten zurückbleiben. Damit gewinnt aber die Mittelbeschaffung über den Gebührenhaushalt noch stärker als bisher an Bedeutung, zumal die Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen vorrangig soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen zu beschaffen haben (vgl. § 78 Abs. 2 GO). Verglichen mit den anderen Einnahmeposten weisen die Gebühren und sonstigen Entgelte nach der Planung auch die höchste Zuwachsrate auf; sie sollen von 1975 bis 1979 um 35,2% ansteigen und gehen damit wesentlich über den betreffenden Orientierungsrahmen (+ 24,0%) hinaus.

Niedrige Investitionsraten

Will man die finanzielle Leistungsfähigkeit des kommunalen Sektors im Planungszeitraum näher untersuchen, so gibt zunächst die Saldierung der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte einen ersten Einblick. Der als Überschuß der laufenden Rechnung bezeichnete Saldo zeigt auf, in welcher Größenordnung die Gemeinden (Gv) aus ihren laufenden Mitteln Ausgaben des Vermögenshaushalts finanzieren können. In der vorliegenden Planung sind es zwischen 749,1 Mill. DM im Jahr 1976 und 1136,6 Mill. DM im Jahr 1979. Gegenüber dem vorangegangenen Planungszeitraum 1974/78, in dem der niederste Wert 1154,5 Mill. DM (1976), der höchste 1875,2 Mill. DM (1974) betrug, hat die disposable Masse somit weiter abgenommen.

Tabelle 4
Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der Vermögenshaushalte 1975 bis 1979

Einnahme-/Ausgabeart	1975	1976		1977		1978		1979	
	Mill. DM	Mill. DM	% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾	Mill. DM	% ¹⁾
Einnahmen	7 444,3	6 754,0	- 9,3	5 830,0	-13,7	5 303,6	- 9,0	4 657,8	-12,2
darunter									
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	1 085,4	789,6	-27,3	919,1	16,4	1 015,9	10,5	1 149,9	13,2
Zuweisungen und Zuschüsse für									
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1 838,2	1 867,5	1,6	1 629,1	-12,8	1 425,5	-12,5	1 140,2	-20,0
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	2 160,0	2 024,5	- 6,3	1 917,0	- 5,3	1 672,1	-12,8	1 381,7	-17,4
Entnahmen aus Rücklagen, Rückflüsse von Darlehen,									
Einnahmen aus Vermögensveräußerung	1 400,4	1 106,3	-21,0	617,6	-44,2	516,0	-16,5	432,2	-16,2
Ausgaben	7 444,3	6 754,0	- 9,3	5 837,5	-13,6	5 309,9	- 9,0	4 667,9	-12,1
darunter									
Investitionen ²⁾	6 616,2	5 912,1	-10,6	5 070,3	-14,2	4 502,5	-11,2	3 810,5	-15,4
darunter									
Baumaßnahmen	5 082,1	4 654,3	- 8,4	4 089,4	-12,1	3 623,0	-11,4	3 008,0	-17,0
Tilgung von Krediten	643,9	682,0	5,9	682,7	0,1	741,7	8,6	790,2	6,5
Zuführungen an Rücklagen	72,9	40,2	-44,9	23,3	-42,0	21,4	- 8,2	23,6	10,3

1) Veränderung gegen Vorjahr. - 2) Einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen.

Informativer als der absolute Wert ist die sogenannte Investitionsrate, die angibt, wie hoch der prozentuale Anteil des Überschusses der laufenden Rechnung an den laufenden Einnahmen ist. 1975 bis 1979 liegen die Anteile zwischen 4,6% und 6,7%. Für die Finanzplanung 1974/1978 errechnen sich dagegen noch Werte zwischen 6,8% und 12,6%. Am ungünstigsten ist die Entwicklung der Investitionsrate bei den Stadt- und Landkreisen. Sie verringert sich von 1975 bis 1979 von 6,2% auf 3,1% bzw. von 6,7% auf 3,2%. Dagegen können die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern 1979 immerhin noch 11,5% ihrer laufenden Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuführen (1975: 10,2%).

Belastung durch Schuldendienst wächst weiter an

Für sich allein betrachtet vermag die Entwicklung der Investitionsrate die finanzwirtschaftliche Lage des Kommunalbereichs nur zum Teil offenzulegen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Investitionsspielraum. Denn einerseits müssen aus dem Überschuß der laufenden Rechnung zum Beispiel noch die Tilgungen finanziert werden; zum anderen stehen für die Ausgaben des Vermögenshaushalts auch noch andere Einnahmen zur Verfügung, wie zum Beispiel Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen sowie Einnahmen aus Krediten.

Wesentlich transparenter wird die finanzielle Leistungsfähig-

Tabelle 5
Investitionen nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1975	1976	1977	1978	1979
a) Mill. DM					
b) % ¹⁾					
Investitionen insgesamt²⁾ a)	6 616,2	5 912,1	5 070,3	4 502,5	3 810,5
b)	-	-10,6	-14,2	-11,2	-15,4
darunter für Schulen					
a)	1 203,3	969,8	827,4	647,7	469,4
b)	-	-19,4	-14,7	-21,7	-27,5
Krankenhäuser					
a)	575,4	516,5	431,3	384,2	285,4
b)	-	-10,2	-16,5	-10,9	-25,7
Sport, Badeanstalten					
a)	460,2	366,6	311,4	282,1	261,6
b)	-	-20,3	-15,1	- 9,4	- 7,3
Straßen					
a)	1 343,1	1 216,9	1 173,2	1 092,3	950,3
b)	-	- 9,4	- 3,6	- 6,9	-13,0
Abwasserbeseitigung					
a)	960,3	1 133,7	1 000,8	878,3	731,6
b)	-	18,1	-11,7	-12,2	-16,7
Abfallbeseitigung					
a)	67,3	52,3	58,4	65,0	53,7
b)	-	-22,3	11,7	11,3	-17,4
Wirtschaftliche Unternehmen					
a)	299,9	244,3	181,5	162,6	143,1
b)	-	-18,5	-25,7	-10,4	-12,0

1) Veränderung gegen Vorjahr. - 2) Einschließlich Investitionsförderungsmaßnahmen.

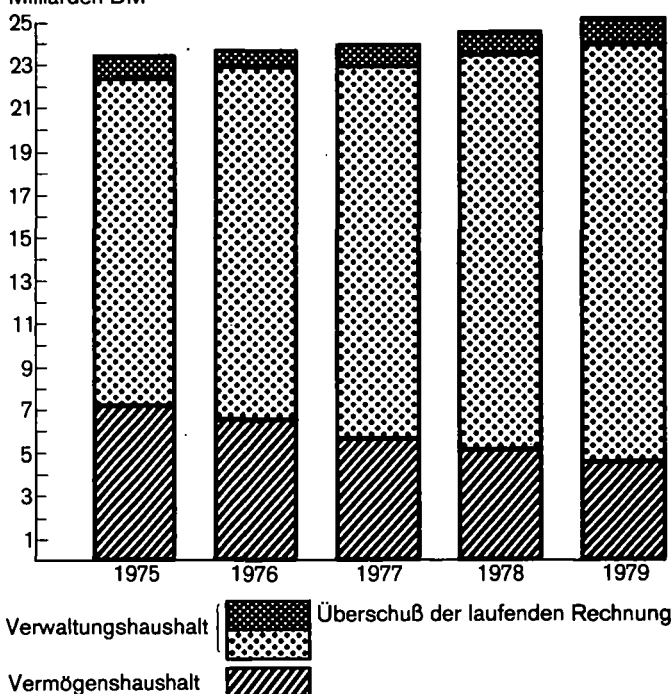
keit des gemeindlichen Sektors, wenn man die Belastung durch den Schuldendienst in die Untersuchung mit einbezieht.

Am stärksten steigen die Zinsausgaben, und zwar von 751,8 Mill. DM im Jahr 1975 auf 1117,2 Mill. DM (+ 48,6%) im Jahr 1979. Die Tilgungen wuchsen mit + 22,7% im selben Zeitraum nur etwa halb so schnell. Zusammengefasst ergeben die Ausgaben für Zins und Tilgung 1975 eine Schuldendienstbelastung in Höhe von 1395,7 Mill. DM, die bis 1979 auf 1907,4 Mill. DM anwächst (+ 36,7%).

Bezogen auf den Überschuß der laufenden Rechnung zuzüglich der Zinsausgaben³ nimmt der Schuldendienst 1975

Haushaltsvolumen der Gemeinden (Gv) 1975 bis 1979

Milliarden DM



677

77,2% dieser Mittel in Anspruch; im letzten Jahr der Planung sind es bereits 84,6%. Damit wird deutlich, daß der finanzielle Spielraum zunehmend vom Schuldendienst aufgezehrt wird.

Die Enge des Finanzspielraums zeigt sich auch in der Rücklagenbewegung: die Gemeinden (Gv) planen in weit größerem

³ Die Zinsausgaben haben den Überschuß der laufenden Rechnung gemindert und müssen daher hinzugerechnet werden.

Umfang Auflösungen als Zuführungen. Außerdem gehen die Entnahmen im Planungszeitraum von 730,7 Mill. DM (1975) auf 92,1 Mill. DM (1979) zurück (- 87,4%), was darauf hindeutet, daß die Reserven ziemlich erschöpft sind. Auch die Zuführungen schrumpfen bis 1979 mit 23,6 Mill. DM auf knapp ein Drittel des im Basisjahr ausgewiesenen Betrages zusammen. Der Nettofinanzierungsbeitrag aus Rücklagen verringert sich damit von 657,8 Mill. DM im Jahr 1975 auf 68,5 Mill. DM (- 89,6%) 1979.

Investive Ausgaben stark rückläufig

Infolge der zunehmenden Verschlechterung der Finanzlage sahen sich die Gemeinden (Gv) veranlaßt, bei den Investitionen mit ihren Folgekosten erhebliche Abstriche zu machen, um auch für die Zukunft ihre finanzielle Leistungsfähigkeit sicherzustellen. So wiesen die investiven Ausgaben (ein-

schließlich Investitionsförderungsmaßnahmen) im Planungszeitraum eine Abnahme um 42,4% auf (vgl. Tabelle 5). Nach den Orientierungsdaten, die jedoch noch nicht in vollem Umfang die rezessive Entwicklung berücksichtigen konnten, wäre dagegen ein Wachstum um 13,0% angebracht gewesen. Am stärksten zurückgegangen sind die Investitionsausgaben im Schulbereich (-61,0%). Der Grund für die überdurchschnittliche Abnahme ist zweifellos darin zu sehen, daß dieser Aufgabenbereich im zurückliegenden Jahrzehnt bezüglich der Investitionen Priorität besessen hat und nunmehr der Bedarf bei längerfristiger Betrachtung weitgehend gedeckt ist. Ähnliches dürfte auch für den Bereich der Krankenhäuser gelten, für die 1979 um die Hälfte weniger Investitionsausgaben geplant sind als im Basisjahr. Unter dem Durchschnitt bleibt dagegen der Rückgang beim Straßenbau (- 29,2%) und bei der Abwasserbeseitigung (- 23,8%).

Dr. Egmont Wagner

Nutztierbestände am Jahreswechsel 1976/77

Am 3. Dezember 1976 wurde die allgemeine Viehzählung in Baden-Württemberg zum vierten Mal seit der Umstellung auf EG-einheitliches Frageprogramm mit einzelbetrieblichen Lesebelegen und nach dem modifizierten Betriebsprinzip durchgeführt¹. Da die einzelbetriebliche Aufbereitung von rund 300 000 Erhebungsbogen mehrere Monate in Anspruch nimmt, wurden wieder erste Ergebnisse nach dem bewährten Verfahren einer repräsentativen Vorwegaufbereitung ermittelt, die sich auf lediglich 10 800 Viehhaltungsbetriebe oder 3,0% der Grundgesamtheit stützt. Es handelt sich bei dieser Vorwegstichprobe um die gleichen Betriebe, die bereits für die repräsentativen Zwischenzählungen der Schweine im April und August sowie der Rinder und Schafe im Juni dieses Jahres herangezogen worden waren. Durch die Verwendung derselben Stichprobenbetriebe ist eine optimale Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet. Bisher waren die Stichprobenbetriebe für jede Zählung gesondert ausgelost und damit unterschiedliche systematische Fehler in Kauf genommen worden. Gleichwohl hielten sich die Differenzen zu den endgültigen Resultaten der totalen Masse in engen Grenzen, zumal auch die Zufallsfehler der Stichprobe

vergleichsweise gering waren. Auch diesmal errechnete sich für Rinder insgesamt bzw. Kühe nur ein einfacher mittlerer Fehler von ± 0,9% bzw. 1,1%, für Schweine bzw. Zuchtsauen von ± 1,1% bzw. 1,5%. Da die Gegenüberstellung der Stichprobenergebnisse 1973 bis 1975 und der jeweiligen Aufbereitungsresultate der Totalmasse für die wichtigsten Summenpositionen bei Rindern und Schweinen weitgehende Übereinstimmung erkennen läßt (Tabelle 1), kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß auch die entsprechenden Ergebnisse der repräsentativen Vorwegaufbereitung der Dezember-Viehzählung 1976 nur unwesentlich von den wahren Werten abweichen. Lediglich bei einigen schwächer besetzten Einzelpositionen bestehen naturgemäß etwas größere Differenzen, die aber den Aussagewert kaum beeinträchtigen dürften. Es fällt auf, daß in der Totalmasse tendenziell etwas mehr trächtige Zuchtsauen als in der Stichprobe nachgewiesen werden, was die vielfach geäußerte Vermutung widerlegt, daß der Stichprobenplan einen überhöhten Nachweis von trächtigen Sauen induziert. Eine nennenswerte systematische Untererfassung war jedoch bisher – bedingt durch den unkontrollierbaren Ortswechsel der Wanderschafherden – bei den Schafbeständen zu beobachten. Bei der Vorwegaufbereitung 1976 dürfte dieser Fehler aber kleiner ausfallen, weil sich die Wanderungen der Schafherden

¹ Vgl. R. Stadler, Die neue Viehzählung, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 20. Jg. (1975), 1. Heft, S. 40 ff.

Tabelle 1
Vergleich der Ergebnisse der Vorwegaufbereitung mit denen der Totalmasse

Viehart	Dezember 1973			Dezember 1974			Dezember 1975		
	Vorweg-Stichprobe	Total-masse	Abweichung ± %	Vorweg-Stichprobe	Total-masse	Abweichung ± %	Vorweg-Stichprobe	Total-masse	Abweichung ± %
	1000 Stück			1000 Stück			1000 Stück		
Rinder									
insgesamt	1 877,4	1 848,3	- 1,5	1 832,6	1 831,8	- 0,0	1 832,5	1 827,4	- 0,3
darunter									
Milchkühe	721,6	707,4	- 2,0	699,0	699,6	+ 0,1	693,4	697,9	+ 0,6
Schafe									
insgesamt	149,8	168,1	+12,2	148,1	155,4	+ 4,9	138,8	161,7	+16,5
Schweine									
insgesamt	2 162,3	2 182,7	+ 0,9	2 150,7	2 155,1	+ 0,2	2 077,4	2 056,0	- 1,0
darunter									
Ferkel und Jungschweine	1 265,5	1 266,0	+ 0,0	1 216,0	1 214,6	- 0,1	1 159,7	1 154,5	- 0,4
Mastschweine	657,0	674,6	+ 2,7	683,7	698,5	+ 2,2	674,8	653,2	- 3,2
Zuchtsauen insgesamt	229,9	231,8	+ 0,8	238,5	231,1	- 3,1	231,6	237,9	+ 2,7
davon trächtig	137,0	140,4	+ 2,5	139,8	140,5	+ 0,5	141,7	146,2	+ 3,2